



OSZE PV

Deutsche Delegation

- Sekretariat -

6. Wintertagung der OSZE PV in Wien (Österreich)
22./23. Februar 2007

Kurzbericht über die

- Sitzung des Ständigen Ausschusses
- Gemeinsamen Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
- Sitzung des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen
- Sonderdebatte zum Thema „Energiesicherheit im OSZE Raum“

6. Wintertagung der OSZE PV

Wien (Österreich), 22. bis 23. Februar 2007

Zusammenfassung

Vom 22. bis 23. Februar 2007 fand die 6. **Wintertagung** der OSZE PV in Wien statt. Die deutsche Delegation wurde von **Abg. Willy Wimmer** (CDU/CSU) geleitet; weitere Teilnehmer waren die **Abgeordneten Doris Barnett** (SPD), **Marieluise Beck** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Abg. Michael **Link** (FDP), **Hans Raidel** (CDU/CSU), Abg. Kurt J. **Rossmann** (CDU/CSU), **Gert Weisskirchen** (SPD), **Hedi Wegener** (SPD) und **Karl-Georg Wellmann** (CDU/CSU).

Die Delegierten wurden von der Präsidentin des österreichischen Nationalrates, **Barbara Prammer**, begrüßt.

Im Rahmen der Ausschusssitzungen sprachen zur Versammlung **Christian Strohal**, **Direktor des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)**; **Josep Borrell**, **Sondergesandter des OSZE Vorsitzenden**, **Miklos Haraszi**, **OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit**, **Botschafter Werner Wnendt**, **Leiter der OSZE Mission im Kosovo**, und **Bernard Snoy**, **OSZE- Koordinator für Fragen von Wirtschaft und Umwelt**. **OSZE-Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut** informierte über aktuelle Entwicklungen der OSZE. Die Versammlung hielt eine **Sonderdebatte** zum Thema „**Die Energiesicherheit im OSZE Raum**“ ab, und knüpfte damit an die im letzten Jahr erstmalige Sonderdebatte in der Wintertagung zum Thema Karikaturenstreit an.

Die deutsche Delegation nahm am Rande der Konferenz Termine mit Botschafter Strohal, Sonderbotschafter Nothelle und Botschafter Berg wahr.

(Anlage 1: Offizielles Programm (englisch); Anlage 2: News from Copenhagen Nr. 214)

Schwerpunkte und Ergebnisse

Das Thema **Wahlbeobachtungen** und der Konflikt zwischen der Versammlung und ODIHR in diesem Bereich zog sich durch die gesamte Wintertagung Thematische **Schwerpunkte** waren weiter die Lage im **Kosovo** und **Energiesicherheit**.

Ergebnisse

- Wahlbeobachtung Armenien: 12. Mai 2007
- Sitzung des Präsidiums : 23. April 2007, Kopenhagen
- Wirtschaftskonferenz Andorra: 24.bis 26. Mai 2007
- Jahrestagung 2007 Kiew 5. bis 9. Juli 2007
- Herbsttagung 2007 in Portoroz, Slowenien: 29. September bis 11. Oktober 2007
- Sitzung des Präsidiums und anschließende Ministerratssitzung 28. bis 30. November 2007
- Jahrestagung 2008: Kasachstan

Einladung zur Jahrestagung in Aserbaidschan : Termin offen

Konferenzverlauf

Donnerstag, 22. Februar 2007

Sitzung des Ständigen Ausschusses

(Tagesordnung Anlage 3; Teilnehmerliste Anlage 4)

Eröffnung des Präsidenten der Versammlung, Abg. Göran Lenmarker

Der Präsident berichtete über seine Aktivitäten. Er habe Reisen in den westlichen Balkan unternommen, wo die OSZE-Missionen eine wichtige Rolle spielen. Ferner habe er die Kaukasus-Länder besucht sowie die USA und Kanada¹.

Anschließend sprach der Leiter der Delegation von **Kasachstan** die Einladung zur **Jahrestagung** im Jahre **2008** aus. Er schilderte die Fortschritte in seinem Land im Bereich Menschenrechte, Pluralismus, Verwaltungs- und Justizreform. Kasachstan will 2009 den OSZE-Vorsitz übernehmen. Abg. **Willy Wimmer**, CDU/CSU unterstrich, Kasachstan habe den Grundgedanken der OSZE auf Asien übertragen und zum Dialog der Religionen beigetragen. Er regte im Übrigen an, das Thema

¹Zu den weiteren Aktivitäten siehe News from Copenhagen Nr. 192 bis 212.

Kosovo regelmäßig in die Tagesordnung der PV aufzunehmen, da die Auswirkungen auf die europäische Sicherheit und den Prozess von Helsinki enorm seien. Die Entscheidung werde maßgebliche Auswirkungen auf die Zukunft haben. Präsident Lennmarker erklärte, er stimme den Bemerkungen zu.

Bericht zum Treffen des Ministerrates in Brüssel am 4-5. Dezember 2007

Nähere Einzelheiten zum Treffen des Ministerrates ergeben sich aus Dokument MC 14.JOOR/2/TORR.1² Das Protokoll der Sitzung des Erweiterten Präsidiums vom 03.12.2006 in Brüssel ist als *Anlage 5* und die Rede des Präsidenten der OSZE PV, vor dem Ministerrat ist als *Anlage 6* beigefügt.

Bericht des Schatzmeisters der Versammlung Senator Jerahmiel Grafstein

Der **Schatzmeister** der OSZE PV (Kanada) erstattete Bericht über die **finanzielle Situation der Versammlung**, die sich in guter Form befinde. Es gebe einen hohen Standard in Bezug auf Transparenz, Rechenschaft und Effizienz (*Anlage 7: Bericht des Schatzmeisters Senator Jerahmiel Grafstein, Februar 2007*).

Bericht des Generalsekretärs der Versammlung Spencer Oliver

Der Generalsekretär erklärte, die Versammlung könne stolz auf ihre bisherige Rolle im Bereich **Wahlbeobachtung** sein, wo man in Partnerschaft mit der Versammlung der NATO, des Europarates etc. agiere. Die OSZE Versammlung führe die meisten Wahlbeobachtungen durch.

Die News from Copenhagen geben regelmäßig kurze Informationen über die Aktivitäten. Das Forschungsassistentenprogramm habe mittlerweile - seit 1995- 152 Studenten aufgenommen.

Abg. **Willy Wimmer** (CDU/CSU) äußerte sich zur Wahlbeobachtung in **Serbien** im Januar 2007. Er dankte Präsident Lennmarker für die Leitung der Wahlbeobachtung und Generalsekretär Spencer Oliver für die effiziente Arbeit und die hervorragende Organisation. Es gebe immer noch Staaten, die Wahlbeobachtung nicht zulassen. Er bittet den Präsidenten, hier auf eine Änderung hinzuwirken.

²mit 8 Anhängen; das Dokument ebenso wie die Geschäftsordnung der OSZE sowie weitere Beschlüsse des Ministerrates- insg. Ca 40 Seiten - können beim Sekretariat angefordert werden.

Abg. **Barbara Haering** (Schweiz) gab ihrer Sorge über die Konflikte mit ODIHR Ausdruck. Seitens der Delegation der Niederlande wurde erklärt, das Kooperationsabkommen zwischen ODIHR und der PV von 1997/98 genüge nicht mehr. Man wolle einen Vorschlag machen.

Wahlbeobachtungen

Der Präsident unterstrich, es gebe bislang viele Teilnehmer und ein Kernteam mit viel Erfahrung. Er appellierte an alle Mitglieder, an Wahlbeobachtungen teilzunehmen. Armenien habe für den 12. Mai 2007 eine Wahlbeobachtung anberaumt, die von Vizepräsidentin Tone Tingsgård geleitet werde. Berichtet wurde über Wahlen in Lettland, Tadschikistan und Montenegro in 2006.

Bei der Wahl in **Serbien** im Januar 2007 war PV-Präsident Lenmarker als Koordinator für die Wahlbeobachtung vom OSZE-Vorsitzenden ernannt. Der Koordinator ist auch für die Abgabe des Schluss-Statements vor der Presse zuständig. Das Kooperationsabkommen von 1997 regelt die Zusammenarbeit zwischen ODIHR und der Versammlung und die Versammlung sei auch willens, sich daran zu halten

Es habe gute Diskussionen mit den Parteien und den Medien gegeben. Zunächst sei nach einigen Diskussionen Einigkeit erzielt worden, das die Wahlen als „free and fair“ anzusehen seien.

ODIHR sei dann von der Beurteilung „free and fair“ wieder abgerückt. Die Probleme mit ODIHR konzentrierten sich auf drei Punkte (*siehe Anlage 8, Brief des Präsidenten der PV, Göran Lenmarker, an den OSZE-Vorsitzenden Moratinos*). ODIHR habe eine weniger klare Schlussfolgerung gewollt. Dies habe die PV zurückgewiesen, weil der durchschnittliche serbische Wähler und Bürger verstehen müsse, wie es zu der Schlussfolgerung kam. Als zweites sei als Argument gegen die Schlussfolgerung freier und fairer Wahlen von ODIHR das Ergebnis der Wahlen genannt worden. Dies dürfe nicht sein, da man keine politischen Präferenzen setzen könne. Unstimmigkeiten habe es auch in Bezug auf die technischen Details gegeben. ODIHR habe eine lange Aufzählung von Statistiken und Fakten ergänzen wollen. Es liege aber nicht in der Verantwortlichkeit von Parlamentariern der OSZE, Europarat und NATO, diese zu untersuchen. Es sei besser, wenn ODIHR in eigener Verantwortung diese Fakten im Schlussbericht bringe. Diese Unstimmigkeiten habe Lenmarker auch dem OSZE - Vorsitzenden Moratinos aufgezeigt. Eine Reaktion sei

aber nicht erfolgt (*Anlage 8: Brief an OSZE Vorsitzenden, Anlage 9: Statement zur Wahlbeobachtung Serbien, siehe auch Anlage 10: Bericht des Sonderbeauftragten für Südosteuropa*)

Abg. **Willy Wimmer** (CDU/CSU) unterstützte den Präsidenten und dankte für sein Vorgehen, das den Absprachen entspreche. Er sei empört über die angebliche Einlassung von ODIHR zum Ergebnis der Wahl. Er erwähnte, dass bei einigen Wahlbeobachtungen die Botschafter fremder Länder bei der Wahl Stellungnahmen abgeben, was nicht unkommentiert bleiben sollte.

Abg. **Uta Zapf** (SPD) zeigte sich beunruhigt, weil der Streit das Instrument der Wahlbeobachtung gefährde. ODIHR sei notwendig für die Langzeitbeobachtung, da Fakten evaluiert werden müssten. Man sollte auf der Grundlage des Abkommens von 1997 eine Lösung finden.

Seitens der britischen Delegation wurde dafür plädiert, das 97iger Abkommen zu erneuern. Frankreich hoffte, die Frage in der OSZE gemeinsam zu lösen. Abgeordnete seien am besten geeignet, um Wahlen zu beurteilen. Die Rolle der Versammlung werde geschwächt. Der griechische **Vizepräsident Kammenos** erklärte, man vertrete die verschiedenen Völker und alle politischen Gruppen. Es gebe drei Versammlungen, die alle einer Meinung waren. Man habe das 97iger Abkommen unterzeichnet. Das Problem liege bei den Diplomaten, die die Parlamentarier ausschließen wollten. Seitens der armenischen Delegation wurde gebeten, die Wahlbeobachtung 2007 nicht auf den Wahltag zu beschränken, da schon jetzt Rechtsverletzungen im Hinblick auf Medienzugang erfolgen. Hier drohten schwere Probleme.

Cecilia Wigström (Schweden) erklärte, den Konflikt gebe es seit längerer Zeit. Man wünsche sich eine gute Zusammenarbeit mit ODIHR, im Moment sei aber ein Zusammenstoß vorprogrammiert, den man unbedingt aufhalten müsse. Auch die Vorsitzende des Dritten Ausschusses, **Annemarie Lizin** (Belgien) sprach sich für eine echte Zusammenarbeit aus und unterstrich die Bedeutung des parlamentarischen Willens. ODIHR müsse mit der Versammlung zusammenarbeiten, und der Ministerrat müsse eine entsprechende Weisung geben. Eine Präzisierung der gegenwärtigen Rechte und Pflichten sei nötig.

Abg. **Hans Raidel** (CDU/CSU) dankte dem Präsidenten und richtete unter Bezugnahme auf ein vorhergehendes Briefing mit Botschafter Strohal (Leiter ODIHR)

aus, dass dort Gesprächsbereitschaft bestehe, auch am Rande dieser Konferenz. Man müsse aufpassen, dass nicht aus dem Streit eine Krise zum Nachteil der Versammlung entstehe. Es gebe eine Neigung, die Versammlung an den Rand zu drängen aber, „gewählt gehe vor ernannt“. Es handele sich allerdings um einen Stellvertreterkrieg, wobei die Wahlbeobachtung als Thema nur benutzt werde. In Wahrheit würde die Versammlung von den Regierungen nicht ernst genommen.

Berichte über die Arbeit der Ad-hoc-Ausschüsse und Sonderbeauftragten

Abg. **Uta Zapf** (SPD), **Leiterin der Arbeitsgruppe Belarus** berichtete, dass die geplanten Seminare bislang noch nicht stattgefunden hätten. Nun sei das Seminar für den 15. März 2007 terminiert. Alle politischen Kräfte sollen mitwirken, aber die Auswahl der Teilnehmer sei streitig. Die belarussische Delegation erklärte, man hoffe auf eine Lösung für die noch offenen Fragen, die aber von prinzipieller Natur seien.

Vorbereitungen der Sitzungen 2007

Das **Präsidium** tagt am **23. April 2007** in **Kopenhagen**.

Zur **OSZE-Wirtschaftskonferenz: 24. bis 26. Mai 2007 in Andorra** erklärte der Leiter der andorranischen Delegation, Thema sei „Stärkung der Stabilität und Zusammenarbeit durch internationalen Handel (*Anlage 11: allgemeine Informationen*)

Die **Jahrestagung** wird vom **5. bis 9. Juli in Kiew** stattfinden, wozu der Leiter der ukrainischen Delegation erklärte, dass ca. 1000 Personen einschl. NGOs und Journalisten erwartet würden. Er hoffe auf eine produktive Sitzung (*Anlage 12: Programmentwurf*)

Die aserbaidzhanische Delegation sprach eine Einladung nach Baku aus, wobei der Zeitpunkt der Tagung noch offen blieb.

Geschäftsordnung

Eine Initiative der bulgarischen Delegation zur erneuten Diskussion von Artikel 38 der Geschäftsordnung (Amtszeit des Generalsekretärs) wurde nicht behandelt.

Gemeinsame Sitzung der drei Allgemeinen Ausschüsse

Die Präsidentin des Österreichischen Nationalrates, **Barbara Prammer** erklärte, 2007 würden neue Räumlichkeiten für die OSZE eingeweiht.

Viele der Vorschläge des Ministerrats aus Ljubljana würden umgesetzt, die Strukturverbesserungen seien notwendig. Gleichzeitig dürften die Grundwerte der Organisation nicht angetastet werden. In diesem Zusammenhang sei der ODIHR-Bericht über gemeinsame Verantwortung („Common responsibility“) bedeutsam. Zum Thema Demokratisierung und Rolle der Parlamente erklärte sie, Kontrollrechte seien von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang rief sie zwei internationale Organisationen in Erinnerung, die Verbindung internationaler Ombudsleute und eine Institution im Finanzbereich gegen Korruption.

Das Thema Gleichstellung müsse auch in der OSZE vorgebracht werden. Ein wichtiges weiteres Thema sei Menschenhandel. Sicherheit im OSZE-Raum könne nicht nur territorial definiert werden, sondern sei ein übergreifendes Konzept.

Der **Sonderbeauftragte des spanischen Vorsitzes, Josep Borrell**, würdigte die Rolle der Parlamentarischen Versammlung, die die Arbeit der OSZE begleite. Er konzentrierte sich auf **drei Themen: allgemeiner Kontext, Prioritäten des Vorsitzes und Wahlbeobachtung**. Im allgemeinen Kontext sei ein komplexer Horizont mit wachsenden Herausforderungen zu beobachten. Ein Hauptthema sei Ex-Jugoslawien und der Kosovo. Alle notwendigen Bemühungen müssten unternommen werden für eine multi-ethnische Gesellschaft, die Menschenrechte achte. Ein weiterer wichtiger Bereich seien die sog. eingefrorenen Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion. Vertrauensbildende Maßnahmen seien geplant wie Zusammenarbeit in Strafrechtssachen, Reisedokumente etc.

Im ökologisch-ökonomischen Bereich wolle der Vorsitz erreichen, dass die OSZE eine dynamischere Rolle spiele. Der ODIHR-Bericht „Gemeinsame Verantwortung“ sei ein Instrument zur Erfüllung der Verpflichtungen. Im Herbst werde in Cordoba eine Konferenz zum Thema „Intoleranz gegen Muslime“ stattfinden sowie eine Jugendkonferenz gegen Intoleranz und zur Förderung des gegenseitigen Respekts. Beim Thema Wahlbeobachtungen sei das Einverständnis der Staaten wichtig. Methode und Ansatz der OSZE seien einmalig. Demokratisierung sei Teil der menschlichen Dimension, die zusammen mit der Dimension der Sicherheit und der

Wirtschaft und Umwelt ein Ganzes bilde. Die OSZE habe immer einen multidimensionalen Ansatz verfolgt; Pressefreiheit, Zivilgesellschaft, Institutionenbildung seien wichtige Aspekte. Die Wahlbeobachtung sei ein Herzstück der Arbeit. Legitime Wahlen seien die Voraussetzung für rechtmäßige Regierungen, gesunde Staaten und eine funktionierende Zivilgesellschaft. Unterstützung beim gesamten Wahlprozess sei wichtig. Die Parlamentarier bildeten einen wichtigen Bestandteil mit besonderen Fähigkeiten, aber man brauche auch ausgebildete technische Mitarbeiter. Die Konflikte um die Wahlbeobachtung dürften die Organisation nicht schwächen, da diese zu den wichtigsten Aktivitäten zählen. Es müsse vermieden werden, dass dieser Grundpfeiler der OSZE Schaden nehme. Das 97iger Abkommen lege Modalitäten der Kooperation fest. Der spanische Vorsitz werde versuchen, eine Lösung zu finden. Es bestehe die Gefahr, dass die OSZE wegen der Differenzen nicht mehr zur Wahlbeobachtung eingeladen werde.

Der Generalsekretär der OSZE, **Marc Perrin de Brichambaut**, unterstrich, 2006 sei von konstruktiver Stimmung geprägt gewesen. Belgien als Vorsitz habe die Wirksamkeit der OSZE verstärkt. Der Ministerrat in Brüssel habe klare Leitlinien gegeben und viele Beschlüsse gefasst, z. B. zu Kleinwaffen und Terrorismus. Im Bereich der sog. zweiten Dimension seien die Themen Verkehr und Energiesicherheit behandelt worden. Im Bereich der menschlichen Dimension gebe es weitere Aktivitäten gegeben Intoleranz und die drei persönlichen Beauftragten setzen ihre Arbeit fort. In der OSZE-Struktur gebe es neue Ausschüsse, die thematisch entsprechend den drei Körben von Helsinki orientiert sind. Zu den Herausforderungen verwies er auf die Ausführungen Borrells. Maßgebliche Teilnehmerstaaten äußerten Zweifel an der OSZE insgesamt, die ein fragiles Instrument sei. Wenn die OSZE Relevanz behalten solle, müsse jeder daran mitwirken.

Sitzung des 1. Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit

(Tagesordnung Anlage 13)

Der Ausschussvorsitzende, **Jean-Charles Gardetto** (Monaco) ging auf das Thema der Jahrestagung „Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen“ ein.

Anschließend stellte der Stellvertretende Vorsitzende, **Hans Raidel** (CDU/CSU) seinen Bericht zum Follow-up zur Erklärung von Brüssel vor (*Follow up Report: Anlage 14*)

Der in Malta beschlossene Bericht solle einen besseren Überblick über die Entwicklung und Umsetzung der Empfehlungen der Versammlung und insbesondere des Ausschusses geben. Er gliedere sich in drei Teile:

- Überblick über die Empfehlungen aus der **15. Jahrestagung (3.-7. Juli 2006, Brüssel „Menschliche Sicherheit in der OSZE Region“)**, die sich an die OSZE richten
- Fortgang der **OSZE Reform**
- Kampf gegen **Terrorismus**

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Ministerrat einige Themen aufgegriffen hat (z.B. Menschenhandel), manche positive Entwicklungen zu verzeichnen sind (z.B. Zugang der Mitarbeiter des Verbindungsbüros zu den Ratssitzungen), während andere Bereiche gar nicht diskutiert wurden (z.B. Haushaltsrecht der Versammlung).

Debatte

Die Delegation Russlands beklagte mangelnde Transparenz. sprach sich erneut für die Gleichberechtigung der Staaten aus. Umfassende Reformen seien nötig. Die Versammlung müsse sich für erhöhte Wirksamkeit einsetzen. Man begrüße die Ankündigung des Vorsitzes eines Gleichgewichts der drei Dimensionen. Notwendig sei eine Korrektur der ODIHR-Aktivitäten und einer geografischen Gleichgewichtung. Man wolle Arbeitsregeln, die für alle akzeptabel sind.

Berichterstatter **Phil Lorenzen** (Dänemark) erklärte zu den Zielen seines Berichts für die diesjährige Tagung, Thema sei allgemein die „**Erfüllung der Verpflichtungen**“. Hier stünden viele Bereiche zur Wahl. Er wolle einen Schwerpunkt zum einen auf **Energiesicherheit** im OSZE-Raum legen, die entscheidend für die Sicherheit und Stabilität der Länder sei. Es müsse eine Partnerschaft der Energie produzierenden und verbrauchenden Länder geben. Wichtig sei Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, notwendig sei Schutz der Infrastruktur gegen Angriffe. Ein weiterer Fokus sei **Belarus**. Das Land müsse Verpflichtungen einhalten, die Rechte der Bürger auf Wahl, Meinungsfreiheit etc. achten.

Der **Hochkommissar für Nationale Minderheiten, Botschafter Rolf Ekeus**, sprach zu Sicherheitsaspekten der **Minderheitenpolitik** im OSZE-Raum. Kernziel sei die Konfliktverhütung. Militärische Sicherheit sei untrennbar von Menschenrechten und wirtschaftlichen Rechten und anderen Faktoren. Er appellierte, diese Aufgabe in den Mittelpunkt zu stellen. Der Hochkommissar sei gehalten, sich in Spannungen einzumischen, die Konfliktpotential enthalten. Spannung könne auch durch Entfremdung bedingt sein, wenn die Identität unterdrückt werde. Sein Motto sei „Integration unter Berücksichtigung der Vielfalt“. Ein sehr wichtiger Bereich sei die Sprache: alle müssten die Gelegenheit haben, die Staatssprache zu lernen. Es gebe Projekte für Minderheitenschutz, Ausbildung von Lehrern. Zweiter wichtiger Punkt sei die Mitwirkung im politischen Prozess. Notwendig seien hier Informationen und Bildung. Auch im Hinblick auf Presse und Medien hätten Minderheiten es oft schwer, den gesellschaftlichen Ereignissen sprachlich zu folgen. Wichtig sei z. B. bei der Polizeiarbeit, dass auch Minderheiten vertreten sind. Bemühungen um Aussöhnung müssten nach Kriegen etc. besonders unterstützt werden, wobei er auf die Rolle der internationalen Gemeinschaft einging. Die Parlamentarier müssten hierfür einen Rechtsrahmen schaffen.

Botschafter **Werner Wnendt, Leiter der OSZE-Mission im Kosovo**, erklärte, Athtisaaris Vorschlag zu Kosovo habe konstruktive Resonanz gefunden. Nach dem 10. 2. 07 habe sich das Bild geändert. Am 3.3. seien neue Demonstrationen geplant. In der Folge der Gewalttätigkeiten seien der Innenminister und andere politische Verantwortliche zurückgetreten. Das Engagement der OSZE-Mission sei aber unverändert. Sie verfolge eine neutrale Haltung und führe den Dialog mit allen Volksgemeinschaften und pflege enge Zusammenarbeit mit der Kosovo-Versammlung.

Man unterstütze Institutionen wie die Ombudskommission, Wahlkommission, Antikorruptionsinstitutionen. Man helfe mit bei einer neuen Verfassung, die in jedem Fall nötig sei. Die weitere Rolle der Mission werde sich entwickeln, ohne Statuslösung habe sie noch mehr Gewicht.

In der Debatte wurde erklärt, die Bedürfnisse Serbiens erforderten einen zurückhaltenden Ansatz, sonst würden radikale Kräfte gestärkt. Der Balkan brauche

Stabilität und die Lösung lasse seit Jahren auf sich warten. Die Arbeitslosigkeit im Kosovo liege bei 50 %.

Serbien nannte die de facto Staatlichkeit des Kosovo nicht akzeptabel. Es würden keine Standards für Serben gesetzt, während die Albaner alles erreichen. Das sei kein Kompromiss. Abg. **Willy Wimmer** (CDU/CSU) verwies auf den tragenden Grundsatz, dass Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürften. Die Friedensordnung seit Helsinki gebe eine Perspektive. Er bedaure die Äußerungen des Stellvertreters von Athisaari, der immer Druck auf eine Partei ausübe. Abrüstung müsse auch verbal stattfinden. Die Entscheidung in Bezug auf Kosovo könne eine Katastrophe in Europa entstehen lassen

Botschafter **Wnendt** erklärte, im Kosovo seien noch andere Gruppen präsent. Die Statusfrage sei entscheidend, aber er könne keine Empfehlung abgeben. Jede Lösung, die zur Stabilität führe, trage zur Entwicklung der Demokratie bei. Wichtig sei vor Ort die Koordination mit anderen internationalen Organisationen. Das sei ausschlaggebend, und es sei viel zu tun. Auch nach Klärung des Status sei die Umsetzung erforderlich im Polizei-, Rechtswesen etc.

Sitzung des 3. Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

(Tagesordnung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte Anlage 15)

Die Ausschussvorsitzende **Anne-Marie Lizin** (Belgien) eröffnete die Sitzung.

Cecilia Wigström (Schweden), **stv. Ausschussvorsitzende**, sprach das Thema Wahlbeobachtungen an. Die Beziehungen zwischen ODIHR und der OSZE PV hätten sich durch Fehlinterpretationen und Missverständnisse seit Jahren verschlechtert, obwohl die Versammlung Interesse an einer guten Beziehung habe. Es sei an der Zeit, Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen.

Des Weiteren sprach sie das Thema Menschenhandel und Kinderpornografie an und forderte mehr Förderung der Gleichstellung in der OSZE.

Unter Hinweis auf die Website von ODIHR ging sie auf die weiter notwendige Bekämpfung des Antisemitismus ein, wo die Arbeit des Sonderbeauftragten Weisskirchen positiv erwähnt wird.

In der Debatte wurde auch hier zur Wahlbeobachtung von den Delegationen ODIHR eine wichtige detaillierte Arbeit zugestanden. Präsident Lenmarker und Minister Moratinos eine Lösung des Konfliktes finden.

Abg. **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) sprach sich dafür aus, dass die Wahlbeobachtungen längere Zeiträume umfassen. Wenn nicht bald ein Kompromiss zwischen ODIHR und OSZE PV erzielt werde, würden erhebliche Probleme auftreten.

Abg. **Gert Weisskirchen** (SPD) stimmte dem zu und betonte nochmals die Notwendigkeit einer sofortigen Klärung.

Vorstellung des Berichts für die Jahrestagung

Abg. **Lopez-Medel** (Spanien) nannte als Schwerpunkte des **Berichts** für die kommende **Jahrestagung** in Kiew **Menschenrechte, Demokratisierung Gleichstellung** und **Toleranz**. Wichtig sei auch der Kampf gegen **Terrorismus** und bei Wahrung der Grundrechte.

Außerdem ging auch er auf das Thema Wahlbeobachtungen ein. Er betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen ODIHR und OSZE.

Debatte:

Seitens der italienischen Delegation wurde gefordert, Wahlbeobachtungen müssten eine technische und eine politische Ebene umfassen, wobei die erstere von ODIHR, die zweite von der PV wahrgenommen werden solle. Von französischer Seite wurde die Aussage Bruce Georges unterstützt. Abg. **Marieluise Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meinte, dass die OSZE die Autorität behalten müsse und dass man unbedingt noch auf dieser Wintertagung einen Kompromiss finden müsse.

Botschafter **Christian Strohal, Leiter ODIHR**, machte deutlich, dass ODIHR und OSZE Partner sind. Notwendig sei es, eine Lösung zu finden, die harmonische Zusammenarbeit ermöglicht. Die Langzeitbeobachtung sei dabei ein wichtiger Punkt. Die Probleme, die in Serbien aufgetreten sind, wertete Strohal als einen Zwischenfall, der sich nicht wiederholen solle. Er forderte gegenseitiges Vertrauen und erklärte seine Bereitschaft zu Diskussionen (*Rede: Anlage .16*).

Medienbeauftragter Miklos Harazti zog Bilanz: es gebe Positives, aber auch viel Anlass zur Sorge. Dies gelte vor allem für Morde an Journalisten, und Einschüchterungsversuche.

Freitag, 23. Februar

Sitzung des 2. Allgemeinen Ausschusses für Wirtschaftliche Angelegenheiten

Wissenschaft, Technologie und Umwelt

(Tagesordnung Anlage 17)

Der Vorsitzende **Leonid Ivanchenko** (Russische Föderation) berichtete über das Wirtschaftsforum im Januar. Rohstoffmangel sei ein wichtiges Thema gewesen; Wassermangel sei ein Schlüsselproblem. Mehr als 40 Staaten hätten Probleme mit der Trinkwasserversorgung. Bodenerosion sowie ein Frühwarnsystem für Naturkatastrophen (siehe Resolution Brüssel 2006) wurden ebenfalls behandelt.

Petros Efthymiou (Griechenland) legte den Follow-up Bericht über die Umsetzung der Erklärung von Brüssel vor (*Anlage 18: Follow up Bericht Zweiter Ausschuss*).

Die Erklärung habe sich mit den Themen Kleinwaffen, Frühwarnsystem für Katastrophen, Monitoring sozialer Entwicklungen, weltweite Organisation von Parlamentariern gegen Korruption sowie mit der Begrenzung der Immunität von Parlamentariern befasst. Abg. **Doris Barnett** (SPD) fragte zur Implementierung der sozialen Dimension, ob es Vorstellungen gebe, wie man helfen könne. Geantwortet wurde, dass Mechanismen ausgearbeitet und angewendet werden sollen. Abg. **Gert Weisskirchen** (SPD) erklärte, man solle die Gelegenheit vor Beginn der DOHA-Runde wahrnehmen, alles zum Vorankommen des Welthandels zu tun. Die EU und die USA dürften die Subventionierung der Landwirtschaft nicht mehr zum Nachteil der Dritten Welt im Sinne von Protektionismus nutzen. Noch bestehe die Möglichkeit, die Verhandlungen voranzubringen und der aufstrebenden Welt eine Chance zu geben. Der Vorsitzende regte an, die Vorschläge zu sammeln und in die Erklärung von Kiew einfließen zu lassen.

Berichterstatter **Roland Blum** (Frankreich) äußerte sich zufrieden darüber, dass sein Bericht 2006 zum Thema Energie und Sicherheit weitere Aktivitäten nach sich zieht.

Hauptthema des **Berichts**, den er in der **Jahrestagung 2007** vorlegen wird, wird **Migration** sein. Diese Wahl gehe zurück auf die Erklärung von Brüssel und auch auf die Erklärung des Ministerrates, der diesen Themenkomplex als Teil der Sicherheitspolitik wertet. Alle Länder seien von der Thematik betroffen. Es gebe 181 Millionen Wanderungsbewegungen in Europa, davon sei der größte Teil Arbeitsmigration. Alle betroffenen Länder seien entweder Herkunfts-, Transit- oder Zielländer. Das Problem werde in dem Bericht in erster Linie unter wirtschaftlichen Aspekten behandelt werden, dabei auch die sozialen Auswirkungen. Er enthalte auch eine Bestandsaufnahme, was die OSZE auf diesem Gebiet leiste. Im Einzelnen gliedere sich der Bericht in drei Teile. Im ersten Teil werde untersucht, wie sich Migrantenströme auf die Entwicklung eines Landes und seiner Volkswirtschaft auswirken: im Zielland gebe es mehr Arbeitskräfte, in den Herkunftsländern einen Rückfluss an Geld. Probleme entstehen durch das so genannte brain drain und wachsende Xenophobie. Im zweiten Teil werde die Frage thematisiert, inwieweit die Konzepte „Abschottung“ oder „Dialog“ erfolgreich seien. Es gebe viele Versuche, die Einwanderung zu stoppen und nur Arbeitsmigration in ganz engen Grenzen zuzulassen. Der dritte Teil behandle die Aktivitäten der OSZE.

Bernard Snoy, OSZE-Koordinator für Wirtschaft und Umwelt erklärte, wirtschaftliche und ökologische Fragen gehörten nach dem Sicherheitskonzept der OSZE zum Gesamtbereich der Sicherheit. Zielsetzung seines Büros sei in erster Linie **Konfliktprävention**, so weit diese Prävention aus wirtschaftlichen Umständen heraus notwendig sei. Wichtigstes Ereignis im Zusammenhang mit seiner Arbeit sei das jährliche **Wirtschafts- und Umweltforum**. Hier werde ein Follow-up der OSZE-Projekte durchgeführt. Im Vordergrund standen diesmal Umweltsicherheit und nachhaltige Energien, das Thema Wasser, Bodenerosion, Verschmutzung. Ein weiterer Themenbereich betreffe neue Partner und Konventionen. So gebe es neue Institutionen auch im Bereich Klimawandel und Waldwirtschaft. Im Sommer finde eine Konferenz zu Wassermanagement statt. Ein wichtiges Thema sei außerdem die Energiesicherheit.

Im Dezember 06 habe der Ministerrat das Sekretariat beauftragt, den Dialog zu fördern. Der G8-Aktionsplan müsse beachtet werden. Die Zusammenarbeit mit dem internationalem Energieforum, IAEO, EU und EBRD gehöre dazu. Das Büro sei auch aktiv bei der Überwachung der entsprechenden Entwicklung. In der anschließenden

Debatte wurden Fragen zu Lebensmittelsicherheit sowie zu Migration gestellt. Vorgeschlagen wurde die Abhaltung einer Wasserkonferenz in Zentralasien. Abg. **Doris Barnett** (SPD) ging auf die landwirtschaftlichen Beiträge und nachhaltige Entwicklung ein. Die Länder hätten durchaus die Chance, Lebensmittel zu produzieren, aber wenn der Pflanzenanbau für Biokraftstoff sich mehr rentiere, würde dies auch gemacht mit der Folge evtl. Knappheiten, Hungersnöte, und weiterer Migration als Folge.

Sonderdebatte zum Thema „Energiesicherheit im OSZE Raum“

Die Abgeordneten debattierten im Rahmen einer allgemeinen Aussprache über das Thema Energiesicherheit, das in verschiedenen Gremien aktuell diskutiert wird. Auch die PV Europarat hatte im Januar eine Entschließung hierzu verabschiedet.

In der Debatte wurde unterstrichen, dass eine verstärkte Diskussion notwendig sei, aber vor allem die Umsetzung gegebener Verpflichtungen. Man brauche diversifizierte Quellen und müsse den Verbrauch senken. Maßgeblich seien auch Transportwege, so die ukrainische Delegation.

Ein wichtiger Punkt ist der Verbrauch der künftigen Industrieländer, der ebenfalls immer weiter steige. Angesprochen wurde mehrfach die Sicherheit von Energiestrukturen gegenüber terroristischen Attacken. Thematisiert wurde außerdem die Rolle Russlands. Gegenstand von Beiträgen war ebenfalls die Rolle der Erneuerbaren Energien und der Kernenergie. Energieexport dürfe in gar keinem Fall als Druckmittel benutzt werden. Verwiesen wurde auch darauf, dass zu hoher Energieverbrauch zu Klimaerwärmung führe und damit ein menschlich verursachtes Phänomen sei. Die Abhängigkeit von fossilen Energien - über 90 % - erfordere den Einsatz neuer Mittel. Unterstrichen wurde ferner die notwendige Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Verbraucherländern in Bezug auf Energie. Kritisiert wurde von Georgien, dass Russland die Energiecharta nicht unterzeichnet habe, obwohl es größter Lieferant sei.

Abg. **Gert Weisskirchen** (SPD) betonte, eine Lösung liege in der Ratifizierung der Energiecharta. Alle Teilnehmerstaaten sollten gebeten werden, den Ratifizierungsprozess voranzutreiben und Partnerschaftsabkommen mit Russland zu schließen. Es sei zentral, Energiesicherheit so herzustellen, dass man evtl. Konflikte auch noch austarieren könne. Nötig seien neue Energiepolitiken. Der Klimarat der

VN werde seinen Bericht abliefern. Wenn nicht eine 50%ige Senkung bis 2020 erfolge, sei der Klimawandel unumkehrbar. Man dürfe nicht bei der Beschreibung stehen bleiben, sondern Wege nach vorn suchen in neuen industriellen Strukturen. Erneuerbare Energien seien am wenigsten anfällig und der Weg in die Zukunft.

Abg. **Willy Wimmer** (CDU/CSU) regte an, dass aus der jetzigen Diskussion ein Leitfaden für die Diskussion in Kiew entstehe, der eine Zusammenfassung biete, wo die Probleme in den drei großen Zonen USA, West- und Osteuropa liegen, damit die Diskussion nicht versande. Die Ölfrage spiele eine Rolle beim Krieg im Irak und in Afghanistan durch die substantielle Rolle der Rohstoffe. Man müsse sich deren Bedeutung für die Sicherheit bewusst sein und er hoffe, dass der Präsident für Kiew etwas vorlege. Zur Ostseepipeline sagte er, Deutschland habe immer gute Erfahrungen mit der Vertragstreue Russlands gemacht. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass auch natürliche Ressourcen zu Marktpreisen verkauft werden, egal woher sie kommen. Es gebe Staaten, die nicht wollen, dass man gute Beziehungen zu Russland unterhalte. Statt dessen solle man sich Gedanken darüber machen, dass die Organisation nicht auf Grund der strukturellen Schwierigkeiten zusammenbricht.

Anschließend trug Vizepräsidentin **Tone Tingsgård** (Schweden) ihren Bericht zum Thema **Gender Equality** vor, der immer noch viele Defizite erkennen lässt. Sie will ein Netzwerk bilden, an dem sich alle Interessierten beteiligen können und hofft auf reges Interesse. Abg. **Gert Weisskirchen** (SPD) erklärte, man müsse in den nationalen Parlamenten die Lage verbessern. Schweden habe über 50 % Frauen im Parlament. In Deutschland habe die SPD 40 % Frauenanteil; insgesamt gebe es ca. 30 % weibliche Abgeordnete im Bundestag. Aserbaidschan nannte eine Kommission, die dort Gesetze auf Gender Mainstreaming hin überprüft. Belgien hat auch Anstrengungen unternommen: 50 % der Kandidaten der Wahllisten müssen Frauen sein.

Abschließend wurden alle Delegierten über die Ereignisse aus den drei Ausschüssen informiert.